

2001 500

Alternative Liste Alternative Liste

Zeitung für einen linken AStA

»Krieg bedeutet Frieden«

Rot-grün dreht endgültig durch

»Krieg bedeutet Frieden« lautet einer der Lehrsätze der Partei in George Orwells Roman 1984. Es macht den Eindruck, als habe die Bundesregierung sich ein Beispiel daran genommen. Denn sie entsendet Soldaten, will aber keinen Krieg führen. Alles ist ganz friedlich. Die Bundeswehrflugzeuge sorgen lediglich für den Transport militärischen Materials, benutzt wird es dann von jemand anderem. Es werden Sanitätseinheiten geschickt – vorrangig, um verwundete ZivilistInnen zu behandeln, die diese Versorgung ohne die Bombardements der »Allianz gegen den Terror« allerdings gar nicht nötig hätten. Und die Spezialkräfte dienen laut Kerstin Müller, Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, »quasi polizeilich-militärischen Zwecken«, haben also auch nur am Rande mit kriegsrischen Tätigkeiten zu tun. Lag es dann vielleicht doch nur an der tendenziösen Medienberichterstattung solcher Rebellen wie Ulrich Wickert, dass der Eindruck entstanden ist, es sei Krieg in Afghanistan?

Offensichtlich handelt es sich neuerdings nicht mehr um einen Krieg, solange er von der »zivilisierten Welt« initiiert wird. Und das sind natürlich diejenigen Staaten, die an der Seite der USA kämpfen, sorry – befrieden. Vermutlich wurde auch deshalb der Angriff auf Afghanistan von der noch latent martialisch klingenden Operation *infinite justice* in ein softes *enduring freedom* umbenannt. Fragt sich nur, wie lange wir dieser Freiheit noch ausgesetzt sind.

Tatsache ist aber: In Afghanistan wird, darüber kann auch das Abwerfen von Lebensmitteln nicht hinwegtäuschen, Krieg geführt. Krieg gegen ein Regime, das selbst – egal wie totalitär es auch



sein mag – nicht des Angriffs auf das *World Trade Centers* verdächtig wird, sondern nur des Schutzes des Verdächtigten. Es ist ein Krieg, der nicht nur das Ziel der Tötung Osama bin Ladens verfolgt, sondern auch geostrategische Interessen. Wie im Golfkrieg gegen den Irak – der sich diesmal unter den potenziellen Angriffsziele befindet – spielt Öl ebenfalls eine große Rolle. Dass es ein imperialistischer Krieg ist, mit dem der eigene Einfluss auf die betreffende Region gesichert werden soll, wurde selten zuvor so deutlich gesagt wie diesmal, wenn es darum geht, alle »Feinde« der USA und ihrer Verbündeten in einem langen »Feldzug« auszumerzen.

Der Regierungskoalition war bei der Bundestagsdebatte um den Einsatz deutscher Soldaten kein Argument zu abstrus, um den Kriegseinsatz zu leugnen. Es gehe um rein humanitäre Zwecke, wurde fast beschwörerisch wiederholt. Der Sieg über die Taliban mache beispielsweise möglich, dass Hilfsorganisationen wieder nach Afghanistan könnten. Dass viele das Land gar nicht hätten verlassen müssen, wäre es nicht bombardiert worden, kam offensichtlich niemandem in den Sinn. Auch die Tatsache, dass durch die Luftangriffe fast alle Lager des Internationalen Roten Kreuzes in Kabul dem Erdboden gleichgemacht und damit große Lebensmittelvorräte vernichtet

wurden, spricht nicht unbedingt für die Lauterkeit humanitärer Ambitionen. Der Abwurf von Nahrungsmitteln war eine reine Propagandaaktion. Warum sonst hätte die Notwendigkeit bestanden, eine US-amerikanische Fahne beizulegen? »Kehren wir das Szenario einmal um: Afghanistan bombardiert New York und sagt, wir haben nichts gegen die Menschen in New York, sondern nur gegen die Regierung, aber wir müssen die Stadt bombardieren und werden einige Pakete mit Fladenbrot und Kebab und einer afghanischen Fahne abwerfen. Was würde dann geschehen? Wie soll man da jemals seine Verbitterung und sein Gefühl der Erniedrigung überwinden?«, so die indische Literatin Arundhati Roy.

Aber nicht nur an der Lebensmittelversorgung, auch am Wiederaufbau Afghanistans möchte sich unsere wackere Regierung mit ihren Soldaten beteiligen. Der Gedanke, da habe jemand berechnet, dass im Fall Afghanistans ein kompletter Neubau billiger kommt als eine aufwändige Sanierung, liegt nahe.

Und letztlich dienen all die militärischen Anstrengungen natürlich nur der Befreiung der unterdrückten afghanischen Frauen. Dass viele von ihnen froh sind, ihre Peiniger los zu sein, ist anzunehmen. Aber wieso wurde hierzulande geschlechtsspezifische Verfolgung nicht bereits während der Taliban-Herrschaft als Asylgrund anerkannt? Und warum wird keine Zusammenarbeit mit der *Revolutionary Association of the Women of Afghanistan* (RAWA) angestrebt, die zwar die Unterdrückung der afghanischen Frauen anprangert, den Krieg und die Unterstützung der Nordallianz durch die USA aber als weitere Verschärfung der Lage ansieht?

Bei solch säbelrasselnder Nächstenliebe wie in der Debatte um den Kriegseinsatz wundert es auch nicht mehr, wenn die Grünen ihre Wurzeln nach wie vor in der Friedensbewegung sehen und Kerstin Müller ihrer Partei attestiert, »auf festen, unveränderlichen moralischen Überzeugungen gegründet« zu sein. Derart prinzipientreu wird sich die Partei wohl über den großartigen Erfolg der Frauenbefreiung freuen, den kürzlich RTL vermeldete: Die ersten Pin-up-Fotos in Kabul.

Jutta Kahle

Zeit für einen AStA-Wechsel!

Auch in der studentischen Politik gibt es Traditionen. Und traditionell kritisiert die Opposition zur Wahlzeit den amtierenden AStA wegen allem, was er in ihren Augen falsch gemacht hat. Das wird in diesem Jahr nicht nötig sein, bedürfte es dazu doch irgendwelcher Positionen, die der AStA im letzten Jahr vertreten hätte, irgendwelcher Arbeit, die im AStA geleistet worden wäre. Der AStA aus Unabhängigen, Lust und RCDS zeichnete sich vor allem durch völlige Untätigkeit aus.

Zu allgemeinpolitischen Themen war angesichts der Beteiligung des RCDS von diesem AStA ohnehin keine Arbeit zu erwarten. Der CDU/CSU-Ableger RCDS spricht StudentInnenvertretungen das Recht ab, sich zu so genannten allgemeinpolitischen Themen zu äußern. Nach wie vor begriff er die Hochschule als

Insel, in der zwar ständische Politik gemacht, diese aber nicht in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gebracht werden darf, in den jeder Bereich der Hochschulpolitik gehört. Dass der AStA aber so weit gehen würde, dem studentischen Friedensbündnis an der Uni Köln auch auf Anfrage hin jede finanzielle Unterstützung zu versagen, da es sich »nicht um eine studentische Angelegenheit« handele, ist schon ein starkes Stück. Dass er sich auch auf der StudentInnen-Demo gegen den Krieg nicht sehen ließ, ist wenigstens konsequent.

Auch im Bereich Bildungspolitik tat sich nahezu nichts. Außer ein paar lauen Artikeln in der *Rückmeldung* hatte das AStA-Bildungspolitikerferat nichts zu bieten: Weder unterstützte es die studentischen Proteste an der PH gegen die Einführung von Bachelor- und Masterstudien-

gängen, noch engagierte er sich vehement gegen die in verschiedenen Fachbereichen bereits eingeführte Zwangsberatung.

Zudem verweigerte er dem bundesweit arbeitenden Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) lange jedwede finanzielle Unterstützung.

Noch nicht einmal vor der Zusammenstreichung seiner eigenen Beratungen schreckte der AStA zurück: Unter windigen Vorwänden wurde bisher drei langjährigen BAFöG-BeraterInnen gekündigt, obwohl es an deren kompetenter Beratung nichts zu kritisieren gab. Stattdessen wurden schlecht eingearbeitete neue Leute eingestellt, deren einzige Qualifikation eine eintägige Schulung durch das BAFöG-Amt ist. Auch die AusländerInnenberatung läuft weiter auf Sparflamme: Für die im letzten Jahr gegangene

Beraterin ist noch immer keine Nachfolgerin eingestellt worden, sodass nur 50 Prozent der früheren Beratungszeiten aufrecht erhalten werden können.

Und natürlich – wenn der AStA selbst schon nichts hinkriegt, dann soll auch bloß kein anderer besser sein, scheint man sich gedacht zu haben und strich ohne Rücksprache mit den Fachschaften der von diesen verwalteten Uniweiten Fachschaftenkoordination (Uni-FSK) kurzerhand die Sach- und Personalmittel. Begründung: Die Uni-FSK mache nichts – und wenn doch, dann das Falsche. Viele Fachschaften protestierten erfolglos gegen diese Bevormundung, der AStA, insbesondere der Bildungspolitikerferat Leif Kniggendorf von der »FachschafterInnenliste« Lust wusste es besser. Die Veranstaltungen der Uni-FSK werden seitdem notdürftig von einzelnen Fachschaften finanziert, die ProjektleiterInnen arbeiten unentgeltlich.

Sparpolitik allerorten, der AStA hält sein Geld zusammen. Fragt sich nur wofür – selber tut ernix.